

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Ernährungsbericht 1984

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch beliefen sich die Kosten für die Erstellung des letzten Ernährungsberichts, und wie erfolgte die Finanzierung?
2. In welcher Höhe erhält die Deutsche Gesellschaft für Ernährung Mittel aus dem Bundeshaushalt, und wie hoch ist der Gesamtetat dieser Gesellschaft?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, wie die Restfinanzierung erfolgt? Wenn ja, wie?
4. Erhält auch die Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung Bundesmittel? Wenn ja, in welcher Höhe und von welchem Bundesministerium?
5. Welche anderen Gesellschaften oder Institutionen haben noch Zuarbeit für die Erstellung des Ernährungsberichts geleistet?
6. Wer legt nach welchen Kriterien die einzelnen Kapitel fest, die im jeweiligen Ernährungsbericht enthalten sind?
7. Von wem und nach welchen Kriterien werden die Mitarbeiter am Ernährungsbericht ausgewählt?
8. a) Welche Wissenschaftler, die am Ernährungsbericht 1984 mitgearbeitet haben, sind in Interessenvertretungen des Lebensmittelhandels und der Ernährungsindustrie vertreten, und welche Positionen bzw. Funktionen nehmen sie dort wahr?
b) Welche Wissenschaftler sind im Wissenschaftlichen Beirat des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) vertreten?
9. Ist es allgemein üblich, daß Beiträge von beauftragten Wissenschaftlern nachträglich verändert, gekürzt oder umgeschrieben werden, ohne mit dem Verfasser Rücksprache zu nehmen? Wenn nein, wie erklärt sich die Bundesregierung, daß es sich bei dem Beitrag von Dr. Anemüller (5.4.1) nicht um seinen Originalbeitrag handelt?

Gewichtige Aussagen und Hinweise fehlen wie z.B. derjenige, daß industrielle Verfahren bei der Bearbeitung von Nahrung naturgegebene Gehalte essentieller Nährstoffe erheblich verringern können; bezüglich der ökologischen Landwirtschaft führte Dr. Anemüller in seinem Originalbeitrag aus:

„Jedes ppm Rückstand, das verringert werden kann, wird als Beitrag dazu betrachtet, die Möglichkeit der Summation auch kleinster Konzentrationen verschiedener Wirksubstanzen zu einer ggf. chronischen Noxe (siehe Ernährungsbericht 1972, S. 148) einzuschränken.“

Schließlich wurde selbst das wichtigste Ergebnis bezüglich der Reformernährung nicht abgedruckt:

„Sie benötigt in ihrer originalen Form weder diätetische Lebensmittel noch Präparate zur Substitution von Vitaminen, Mineral- oder Ballaststoffen. Versorgung mit naturgegebenen essentiellen Nährstoffen ist Vollwert-Lebensmitteln vorbehalten. Aus diesem Grunde ist Reformernährung einfach und ohne größeren finanziellen Aufwand zu realisieren.“

Wird die Bundesregierung eine Überprüfung dieser Angelegenheit veranlassen und uns über das Ergebnis Mitteilung zukommen lassen?

10. Aus welchen Gründen verzögert sich die Herausgabe des Materialbandes zum Ernährungsbericht, der ursprünglich für September 1984 angekündigt war? Wann ist mit dem tatsächlichen Erscheinen zu rechnen?
11. Warum gibt es analog zu dem Minderheitsgutachten der Wirtschaftsweisen keinen „alternativen Ernährungsbericht 1984“, der kritische wissenschaftlich und wirtschaftlich unabhängige Wissenschaftler zu den festgestellten und wertenden Positionen des Ernährungsberichts 1984 Stellung nehmen läßt?
12. Hat das BMJFG die Absicht, zumindest im Nachgang zum Ernährungsbericht 1984 im Jahre 1985 einen solchen kritischen Alternativbericht auszuschreiben, zu finanzieren und an unabhängige, kritische Wissenschaftler zu vergeben?
13. Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Verbraucherinstitut in Berlin im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Ernährungsberatungskräfte der Verbraucherzentralen der Länder im Oktober 1984 zum Ernährungsbericht 1984 handlungsorientierte Diskussionsergebnisse für die Verbraucherarbeit mit dem Ernährungsbericht 1984 entwickelt hat, und beabsichtigt das BMJFG die vorgesehene Veröffentlichung dieser Unterlagen – wie ursprünglich aus Projektmitteln der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vorgesehen – zu unterstützen?
14. Warum wurde ggf. eine Förderung dieses Vorhabens aus diesen Projektmitteln gestrichen, obwohl der Ernährungs-

bericht 1984 und die vorgesehene Kurzfassung zum Ernährungsbericht 1984 nicht ausreichen, um handlungsorientiertes, kritisches Beratungsmaterial der Ernährungsberatung in den Verbraucherzentralen zur Verfügung zu stellen?

15. Ist eine solche Förderung dieses Vorhabens durch das BMJFG – nach Revidierung der bisherigen Ablehnung – in 1985 geplant?
16. Hat das BMJFG künftig die Absicht, bei kritischen Positionen zu Aussagen des Ernährungsberichts durch Mittelkürzungen Zensur gegenüber Projektmittelempfängern auszuüben?

Bonn, den 10. Dezember 1984

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

